



Verband Berlin-Brandenburgischer  
Wohnungsunternehmen e.V.

## BBU: BERICHT DES LANDESRECHNUNGSHOFS BESTÄTIGT WOHNUNGSWIRTSCHAFT

13.08.2008      Fachinformation

Potsdam – "Es ist gut, dass der Landesrechnungshof zu dem Schluss kommt, dass der Stadtumbau weitergehen muss." Das sagte Ludwig Burkardt, Vorstandsmitglied beim Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen, in Reaktion auf den Bericht des Landesrechnungshofs zum Stadtumbau Ost. Das Programm sei zur weiteren Verringerung des Wohnungsleerstandes und zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der brandenburgischen Städte unverzichtbar. Aktuelle Zahlen zeigten, dass das Programm mit seinen Teilen Abriss und Aufwertung ein wirkungsvolles Instrument zur Verringerung des Leerstandes sei. Bei den brandenburgischen BBU-Mitgliedsunternehmen stünden heute rund 42.000 Wohnungen leer, rund elf Prozent der Bestände. "Ohne das Programm wäre der Leerstand bei 79.000 Wohnungen oder fast 20 Prozent", erläuterte Burkardt. Ende 2006 hatte die Leerstandsquote noch bei fast zwölf Prozent gelegen. Seither seien rund 6.600 weitere Wohnungen abgerissen worden. Bis 2030 fast 400.000 Menschen weniger. Trotz der erzielten Erfolge sei jedoch die Forderung des Rechnungshofes richtig, dass das Tempo des Stadtumbaus erhöht werden müsse. Burkardt: "Aufgrund der demografischen Entwicklung rechnen wir damit, dass die Auftriebskräfte des Leerstandes ab 2010 wieder deutlich an Fahrt gewinnen." Wesentliche Ursache hierfür sei die natürliche Bevölkerungsentwicklung: "Vor allem im äußeren Entwicklungsraum des Landes sterben viel mehr Menschen, als durch Geburt oder Zuwanderung nachkommen." Folge hiervon sei, dass in dieser Region nach aktuellen Prognosen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg bis 2030 fast 400.000 Menschen weniger leben würden als heute. Das sei mehr als die aktuelle Bevölkerung der 14 größten brandenburgischen Städte zusammen. Maßanzüge statt StangenwareDer BBU unterstütze auch die Forderung des Landesrechnungshofs nach individuellen Förderinstrumenten. "So unterschiedlich die brandenburgischen Städte sind, so unterschiedlich müssen auch die Stadtumbaustrategien sein können", so Burkardt. Der Verband wende sich vor allem nachdrücklich gegen die bisherige pauschale Vorgabe, die Programmmittel jeweils hälftig für Abriss und Aufwertung zu verwenden. Die Praxis habe gezeigt: Würden Wohnungsunternehmen erstmal vom Leerstand entlastet, könnten sie auch wieder mehr eigene Mittel in die Aufwertung von Wohnungen und Wohnumfeldern investieren. Für jeden Euro an Abrissförderung hätten die BBU-Mitgliedsunternehmen acht eigene Euro in die Bestandsaufwertung gesteckt, seit 2002 insgesamt rund eine Milliarde Euro. Unter dem Dach des BBU sind in Berlin und dem Land Brandenburg 362 landeseigene, kommunale, private und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen mit zusammen 1,1 Millionen Wohnungen organisiert. Das sind über 40 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin und fast 50 Prozent der Mietwohnungen im Land Brandenburg.

<https://bbu.de/beitraege/bbu-bericht-des-landesrechnungshofs-bestaetigt-wohnungswirtschaft>